

Parteimaschine ausliefert, bleibt die Wahl des Reichspräsidenten der letzte Rest eines politischen Systems, das der Individualität zu ihrem Recht verhilft, indem es zum Beispiel den Stimmzettel auf eine Person und nicht auf eine Partei stellt. Man sollte meinen, daß gerade die Parteien, welche die Entpersönlichung des Wahlverfahrens beklagen und bekämpfen, die Präsidentenwahl dazu benutzt hätten, die politische und moralische Bedeutung der Wahl von Persönlichkeiten den deutschen Wählern vor Augen zu führen. Statt dessen wollen sie einen Mann an die Spitze des Reiches stellen, dessen Alter und dessen Vergangenheit ihn nach seinen eigenen Erklärungen hindert, den Aufgaben des Amtes gerecht zu werden, der sich den Leuten, die in seinem Sinne „national“ sind, als Retter des Vaterlandes gutgläubig zur Verfügung stellt, um ebenso gutgläubig ihre Ratschläge zu befolgen und ihre politischen Geschäfte zu fördern und zu decken. So soll das Amt des Reichspräsidenten einer Partei, einer Clique zufallen, und das von der äußersten Rechten bis in die Reihen des Zentrums stark angegriffene Reichstagswahlrecht findet selbst bei der Wahl des Reichspräsidenten Anwendung.

Fachleute!

Daß das Amt des Reichspräsidenten ein politisches ist, das weiß jeder und bestreitet niemand. Also muß sein Inhaber wohl etwas von Politik verstehen. Man sollte meinen, daß so Leute und Parteien schließen mußten, die immer wieder den Ruf nach

Fachministern erheben, und die es mit der Vorbildung für Staatsämter so genau nehmen, daß nach ihrer Meinung zum Polizeipräsidenten von Berlin nur ein Beamter aus der allgemeinen Verwaltungskarriere tauglich ist, nicht aber etwa ein Landrat, der das Assessorexamen bei der Justiz- oder der Bergbehörde bestanden hat. Und wenn nur ein Militäranwärter Akten tragen und ein Regierungs-assessor Regierungsrat und nur ein hoher Verwaltungsbeamter Minister werden kann — das höchste politische Amt mag man unbedenklich dem ältesten Soldaten im Reich übertragen!

Soldat

So unpolitisch ist der Feldmarschall, daß seine erste Handlung als Kandidat des Rechtsblocks ein Begräbnis für die Politik seiner Freunde war: jener Brief an Dr. Jarres, in dem der neue Kandidat den ungünstigen Stand der Wahlaussichten des Abgesetzten bedauert.

So unpolitisch war der Feldmarschall, daß er im Jahre 1918 die Strafe des Anbindens zur Rettung des Reichs empfahl, daß er aber auch das Vaterland über die Partei stellte und seine Pflichten dem Volk gegenüber bis zum letzten erfüllte, als das Reich zusammenzubrechen drohte, als mit dem „wachthabenden Offizier auf dem Staatsschiff“ auch Leute, die heute Ministerposten bekleiden möchten, ihre verantwortungsvollen Posten verließen und Vaterland und Volk dem Chaos überantworteten, weil sie „mit dem Gesindel nicht arbeiten wollten“. So unpolitisch wird der Feldmar-